45. Unterliegt bei Verletzung der Wehrpflicht die Frage, ob ein Umstand der in §. 472 St.P.D. bezeichneten Erklärung entgegenstehe, der freien Würdigung des Gerichtes?

St.P.D. §§. 260, 472, 475.

St.G.B. §. 140 Ziff. 1.

Vgl. Bd. 2 Nr. 145.

I. Straffenat. Ur. v. 25. Februar 1884 g. E. u. Gen.
Rep. 3224/83.

I. Landgericht Kaiserslautern.

Aus den Gründen:

Angerechtfertigt ist die Rüge einer Verletzung der §§. 472, 475, 266 Abs. 4 St.P.D., §. 140 Abs. 1 Ziff. 1 St.G.B.'s und der Wehrordnung.

Wie das Reichsgericht schon früher ausgesprochen hat, vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 2 S. 351, unterliegt die Frage, ob ein Umstand der in §. 472 St.P.D. bezeichneten Erklärung entgegenstehe, der freien Würdigung des Gerichtes. Das Gesetz hat bezüglich des Verfahrens gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben, gewisse Abweichungen von den allgemeinen Regeln der Strafprozessordnung eintreten lassen; diese Abweichungen gehen jedoch nur soweit, als sie in den Bestimmungen des Gesetzes selbst Ausdruck gefunden haben. Eine solche Abweichung besteht nun vermöge der Norm des §. 475 St.P.D. dahin, daß eine Verurteilung des abwesenden Angeklagten schon auf Grund der in §. 472 St.P.D. bezeichneten Erklärung der mit der Kontrolle der Wehrpflichtigen beauftragten Behörde erfolgen darf, also statt einer selbständigen einzelnen Beweiserhebung des urteilenden Gerichtes über das Vorhandensein der Thatbestandsersfordernisse der bezüglichen Strathat nach den sonstigen Regeln des Strafverfahrens schon die in §. 472 St.P.D. bezeichnete summarische Erklärung der dort genannten Behörde für die Verurteilung genügt. Das Gesetz hat aber in §. 475 St.P.D. zugleich eine ausdrückliche Beschränkung mit den Worten eintreten lassen: „Wenn sich nicht Umstände ergeben, welche dieser Erklärung entgegenstehen.“ Damit hat das Gesetz zu erkennen gegeben, daß es dem urteilenden Gerichte für seine Überzeugung von dem Vorhandensein der Voraussetzungen der

bezüglichen Straftat nicht ein unbedingtes Gebundensein an die in §. 472 St. P. O. bezeichnete Erklärung auferlegt, sondern noch ein Prüfungsrecht eingeräumt hat. Was nun den Umfang dieses Prüfungsrechtes betrifft, so hat das Gesetz zunächst nicht eine Unterscheidung hinsichtlich der Art der Thatsachen festgesetzt, auf welche das urteilende Gericht eine Freisprechung bauen darf. Der Ausdruck „Umstände“ ist vielmehr ein allgemeiner, und auch aus der Natur der Sache ergeben sich keine Gründe für eine Beschränkung in dieser Hinsicht. Das urteilende Gericht ist daher auch nicht gehindert, als solche „Umstände“ Thatsachen zu berücksichtigen, welche in einer Mehrzahl von Fällen der Anschulldigung wegen Vergehens gegen §. 140 St. G. B.'s in gleicher Weise vorhanden sein können. Ebenfowenig ist es bezüglich der Beweisquellen für diese „Umstände“ auf andere Normen angewiesen, als jene des sonstigen Strafverfahrens. Weiter ist für die Bejahung der Frage, ob Umstände vorhanden, welche der in §. 472 a. a. O. bezeichneten Erklärung entgegenstehen, die Schlussfolgerung aus Thatsachen an keine anderen Regeln des Denkens und keine anderen Normen geknüpft, als beim sonstigen Strafverfahren. Sodann ist auch das Maß dessen, wie viel aus einer gewissen Thatsache für eine der in §. 472 a. a. O. bezeichneten Erklärung entgegenstehende Überzeugung des urteilenden Gerichtes gewonnen werden darf, nicht an besondere, von den allgemeinen Vorschriften der Strafprozessordnung abweichende Normen gebunden. Es entscheidet vielmehr darüber, ob und in welchem Maße ein Umstand der in §. 472 a. a. O. bezeichneten Erklärung entgegenstehe, nach Maßgabe des §. 260 St. P. O. die freie Würdigung des Gerichtes. Die bisherige Darlegung steht auch im Einklange mit der Entstehungsgeschichte der §§. 472. 475 St. P. O., indem gegenüber von Bedenken gegen die in §§. 470—476 St. P. O. enthaltenen Abweichungen von den allgemeinen Regeln des Strafverfahrens, insbesondere gegen §§. 472. 475, in der Reichsjustizkommission von dem Vertreter des Entwurfes, Direktor v. Amberg, bei der ersten Besung hervorgehoben wurde, es sei „dem richterlichen Ermessen in der Prüfung der Unterlagen des Erkenntnisses freie Hand gelassen“.

vgl. Hahn, Materialien zur Strafprozessordnung 1. Abt. S. 1127, und bei der zweiten Besung von dem Vertreter, Geh. Ob.-Reg.-Rat Hanauer, bemerkt wurde, „der Richter sei keineswegs sklavisch an die Konstatierungen der Kontrollbehörden gebunden, er könne gemäß §. 401

(jetzt §. 475) a. a. O. zur Freisprechung gelangen, wenn sich Umstände ergeben, welche jenen Konstatierungen entgegenstehen“, und im Anschlusse hieran vom Abgeordneten Lasfer betont wurde, „daß durch Abs. 2 des §. 399 (jetzt Abs. 3 des §. 473) a. a. O. freie Beweisaufnahme und freie Beweiswürdigung keineswegs ausgeschlossen sei.“

Bgl. Hahn a. a. O. 2. Abt. S. 1433.

Nach den dargestellten Erwägungen konnte das urteilende Gericht auch das bei einer großen Zahl von Angeklagten — nämlich bei den freigesprochenen Angeklagten — festgestellte jugendliche Alter als einen Umstand verwerthen, welcher der in §. 472 St. P. O. bezeichneten Erklärung entgegenstehe, und zwar sowohl als einen Umstand für die Ausschließung der Annahme, daß die betreffenden Angeklagten das Bundesgebiet verlassen haben, um sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, wie als einen Umstand für die Ausschließung der Annahme, daß dieselben in dieser Absicht nach erreichtem militärpflichtigen Alter im Auslande verblieben seien. Eine Nachprüfung der thatsächlichen Richtigkeit einer dahin gehenden Schlußfolgerung ist dem Revisionsgerichte entzogen. Ein Rechtsirrtum aber liegt nach dem obigen nicht vor.